N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 5

Kreistag am 08.10.2007

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 17:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Dirk Kolar
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer
Manuela Veit
Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann
Herbert Ziegenbein

Wolfgang Barrenbrügge
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsgen
Leo Klempert
Helmut Krause
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Hanne-Luise Schacht
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

Von der Verwaltung	Gäste und Zuhörer/innen
Herr Kreisdirektor Stratmann	Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Timpe, Dez. II	Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Frau Warminski-Leitheußer, Dez. III	Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion

Herr Hahn, Dez. IV	Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.
Herr Dr. Schiebold, L KfP	Vertreter der Presse
Herr Göpfert, Büro Landrat	interessierte Bürgerinnen und Bürger
Frau Waßen, Schriftführerin	weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Änderungen oder Ergänzungen ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

162-1/07

RWE-Aktien;

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie FDP vom 26.09.2007

Punkt 2

Fragestunde für Einwohner

Punkt 3

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 4

165/07

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Vergabe des Auftrages über Generalplanungsleistungen -

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

162-1/07

RWE-Aktien;

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie FDP vom 26.09.2007

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla erinnert noch einmal an seinen Widerspruch gegen die von der Mehrheit des Kreistages am 11.09.2007 getroffene Entscheidung über den Verkauf der RWE-Aktien und an seine damalige Bitte, die Zeit bis zur heutigen Sitzung für Beratungen und Gespräche zu nutzen. Er sei froh, dass dies gelungen sei und die Beteiligten dieses Thema offen und intensiv, aber natürlich auch kontrovers miteinander besprochen hätten. Herr Landrat Makiolla bedankt sich herzlich bei allen, die sich in diesem Annäherungsprozess engagiert, diesen gestaltet und nach vorne gebracht hätten. Die Mühe habe sich gelohnt, da eine für alle akzeptable Lösung gefunden worden sei. Der gleich zur Abstimmung stehende Kompromiss berücksichtige zum einen den Wunsch von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP, das RWE-Aktienvermögen schnell zu veräußern. Zum anderen werde aber auch dem Wunsch von Städten und Gemeinden Rechnung getragen, das von ihnen zu tragende Altdefizit spürbar zu senken. Damit gelinge es dem Kreis außerdem, bei der abschließenden Umstellung auf das neue kommunale Finanzmanagement eine ausgeglichene Eröffnungsbilanz präsentieren zu können. Letztlich sorge der Kompromiss für ein fünf Millionen Euro höheres Finanzpolster bei der WFG, die damit noch leistungsfähiger werde.
Herr Landrat Makiolla dankt ausdrücklich Herrn Regierungspräsident Diegel, der sich auf Bitte mehrerer Seiten als Moderator des Diskussionsprozesses zur Verfügung gestellt habe. Er habe zur Klarheit der Rechtslage beigetragen und mit viel persönlichem Engagement geholfen, den jetzt zur Abstimmung stehenden Kompromiss zu formulieren. Danken wolle er weiterhin den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden, die ihr Einverständnis gegeben hätten, die Altdefizite des Kreises als Rückforderungen in ihre jeweilige Eröffnungsbilanz einzustellen. Im Gegenzug werde der Kreis einen Teil des Aktienerlöses zur Absenkung des Altdefizits einsetzen. Die heute in der Bürgermeisterkonferenz vereinbarte Konsenserklärung liege den Kreistagsmitgliedern als Tischvorlage vor. Diese Erklärung enthalte eine Selbstbindung des Landrates und der Bürgermeister für die anstehenden Haushaltsberatungen und sei kompatibel mit dem hier vorliegenden Kompromissvorschlag. Aus seiner Sicht, so Herr Landrat Makiolla weiter, sei diese Konsenserklärung der für den Kreis Unna wichtigste und schwerwiegendste Teil des Kompromisses. Es gehe in den nächsten Wochen und Monaten darum, die Bürgermeister zu unterstützen, in den Räten eine Akzeptanz für diesen Kompromiss zu gewinnen. Deshalb bitte er die Kreistagsabgeordneten, sich hierfür vor Ort einzusetzen.
Abschließend verweist Herr Landrat Makiolla auf die sich aus dem überaus schwierigen Entscheidungsprozess resultierende öffentliche Aufmerksamkeit. Die Beteiligten hätten es sich nicht leicht gemacht und nicht nur populistisch miteinander gestritten. Vielmehr habe man demokratische Spielregeln beachtet und mit dem Kompromiss bewiesen, wie gut diese Spielregeln im politischen Alltag funktionieren und bei der Suche nach der bestmöglichen Lösung helfen würden. Er bedankt sich bei CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie SPD für die Bereitschaft, gemeinsam zum Wohl des Kreises und seiner Städte und Gemeinden zu entscheiden.

Herr Jasperneite dankt für die drei Antragsteller ausdrücklich Herrn Regierungspräsident Diegel, der in einem von ihnen initiierten Gespräch angeboten habe, bei der Suche nach einem Kompromiss zu helfen. Dieser im gemeinsamen Antrag enthaltene Kompromissvorschlag sei vorher seitens der Kämmerer bereits im Sinne

des Kreises diskutiert worden. Er selbst sei allerdings irritiert darüber, dass seriöse Pressevertreter wohl genaue Kenntnisse über Zahlen und Inhalte der Vereinbarung hätten, obwohl im damaligen Gespräch Stillschweigen vereinbart worden sei. Es könne nicht sein, dass Verwaltungsvertreter, wobei er ausdrücklich nicht Mitarbeiter der Kreisverwaltung meine, solche Informationen weitergeben würden. Wären diese Informationen tatsächlich in die Öffentlichkeit gelangt, hätten sie einen Schaden für den Kreis generiert. Herr Jasperneite stellt fest, dass seine Fraktion die als Tischvorlage präsentierte Konsensvereinbarung heute zur Kenntnis nehme. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung für die Kreistagssitzung am 04.12.2007 eine Vorlage erarbeiten werde, in der eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen Kreis und allen kreisangehörigen Kommunen dargestellt werde, wie man die in der Präambel enthaltenen Punkte in den nächsten Jahren abarbeiten werde.

Herr Senkel erklärt, dass man froh über den heute zur Entscheidung stehenden Kompromiss sei. Wichtig sei für die FDP-Fraktion, dass mit diesem Beschlussvorschlag die Call-Option und damit die Spekulation mit Werten, die der Allgemeinheit gehörten, vom Tisch sei. Außerdem werde der Verkaufserlös zum Schuldenabbau und zum Abbau des Altdefizits eingesetzt. Dies sei mit Blick auf die Kreisumlage positiv für die Städte und Gemeinden. Letztlich werde der WFG nun endlich der dringend benötigte Betrag von 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um gerade im mittelständischen Wirtschaftsbereich gezielte Projektförderung zur Schaffung neuer und qualifizierter Arbeitsplätze betreiben zu können. Eigentlich werde damit der Beschluss vom 06.03.2007 bestätigt, dessen Umsetzung die Verwaltung um sieben Monate verzögert habe.
Herr Senkel betont, dass die CDU- und FDP-Fraktion sowie die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und damit die Mehrheit des Kreistages in der Sitzung am 11.09. nicht bereit gewesen seien, eine zwischen dem Landrat und den Bürgermeistern ohne Einbeziehung dieser Kreistagsmehrheit zustande gekommene Vereinbarung einfach „durchzuwinken“. Allerdings sei von den drei Fraktionen die Initiative zur Erarbeitung eines Kompromissvorschlages ausgegangen, der ja heute auch zur Entscheidung vorliege. Er wolle sich ausdrücklich bei Herrn Jasperneite bedanken, auf dessen Inititative das Gespräch der drei Fraktionsvorsitzenden in Arnsberg mit Herrn Regierungspräsident Diegel stattgefunden habe, das wiederum zu dem Kompromissgespräch am 26.9. im Kreishaus geführt habe.
Weiterhin kritisiert Herr Senkel, dass der Landrat vor dem 11. September 2007 trotz mehrfacher Aufforderung nicht bereit gewesen sei, über die Modalitäten der Verwaltungsvorlage 164/07 zu reden. Stattdessen habe er wohl gehofft, irgendwie eine Mehrheit für diesen Verwaltungsvorschlag zu erhalten. In der Sitzung selbst habe der Landrat ausgeführt, dass er nicht ausreichend verstanden worden sei und viele Kreistagsabgeordnete den Zusammenhang nicht gesehen hätten. Hierzu passe es auch, dass sich der Landrat in einem Gespräch mit Freien Wählern im Beisein von Herrn Albert dahingehend geäußert habe, dass dieser mit schuld sei, wenn der Kreis bei Umsetzung des Antrages in den Nothaushalt gerate und die Städte und Gemeinden unter der weiteren Erhöhung der Kreisumlage zu leiden hätten. Der Landrat, so Herr Senkel weiter, baue bei seiner Arbeit auf seine langjährige Verwaltungserfahrung vor seiner Wahl zum Landrat. Er dürfe aber nicht vergessen, dass das Amt des Landrates in erster Linie ein politisches Amt sei. Seit nunmehr drei Jahren hätten sich die Mehrheitsverhältnisse gravierend geändert, was der Kreistag jetzt mit der Entscheidung am 11.09. auch demonstriert habe. Die vergangenen Wochen seien für alle Beteiligten nicht einfach gewesen , um so wichtiger sei es, dass jetzt jeder aus diesen Geschehnissen seine Lehren ziehe. Er hoffe, dass der mit den Bürgermeistern ausgehandelte Konsens auch umgesetzt werden könne. Die FDP-Fraktion werde immer zu Gesprächen mit allen Fraktionen bereit sein, wenn man offen und ehrlich miteinan-

der umgehe. Er bittet den Landrat und die Verwaltung, der Fraktion auch weiterhin die für die Arbeit notwendige Unterstützung zu geben sowie rechtzeitig und vollständig Informationen zukommen zu lassen. Dies sei die Grundlage für eine erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herr Goldmann verweist hinsichtlich der Gemeinsamkeiten, die sich in dem Beschlussvorschlag wieder finden würden, auf die Ausführungen des Landrates. Allerdings erscheine es auch ihm notwendig, einen Blick zurück auf die vorige Kreistagssitzung zu werfen. Von den seinerzeit durch den Landrat und den Kämmerer prognostizierten negativen Folgen der Beschlussfassung sei in diesen vier Wochen nichts eingetreten. Dies bestätige seine Auffassung, mit solchen Prognosen sehr vorsichtig zu sein. Der heute vorliegende Kompromiss sei in erster Linie das Verdienst der antragstellenden Fraktionen, wobei er selbst sich unter dem Eindruck der vorigen Kreistagssitzung gewünscht hätte, dass der Landrat einen diesbezüglichen Kompromissvorschlag eingebracht hätte. In den letzten Wochen sei aus seiner Sicht aus den SPD-geführten Rathäusern bzw. Ratsfraktionen eine Drohkulisse aufgebaut worden, mit der es nicht einfach gewesen sei umzugehen. Deshalb wolle er sich bei den beiden anderen Fraktionsvorsitzenden bedanken, die der Versuchung widerstanden hätten, auf diese Vielzahl an Anfeindungen zu reagieren. Vielmehr sei man bereit gewesen, mit den kreisangehörigen Kommunen zu einem Ergebnis zu kommen, in dem sich alle Beteiligte wiederfinden könnten. Enttäuscht sei er, so Herr Goldmann, dass die beantragte Einrichtung eines Kulturfonds gerade beim Landrat, dem die Aufrechterhaltung der kulturpolitischen Einrichtungen und Veranstaltungen wichtig sei, auf erbitterten Widerstand gestoßen und unter formalen Aspekten abgelehnt worden sei. Das Ansinnen seiner Fraktion sei seit Jahren die Einrichtung einer Stiftung gewesen. Da dies nicht gelungen sei, habe man mit dem Antrag den Versuch unternommen, in wirtschaftlich instabilen Zeiten eine dauerhafte Absicherung der Kultur im Kreis Unna zu ermöglichen. Dabei sei allen Beteiligten klar gewesen, dass diese Summen nicht ausreichend sei. Er sei gespannt, wie die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen die kulturellen Aufgaben dauerhaft sicherstellen wolle. Das Argument der freiwilligen Aufgabe ziehe aus seiner Sicht nicht, da auch die finanzielle Unterstützung der WFG freiwillig sei. Weiterhin kritisiert Herr Goldmann ausdrücklich die Sitzungsführung des Landrates in der vorigen Sitzung und hier insbesondere dessen persönliche Erklärung direkt vor der Abstimmung über den Antrag der drei Fraktionen. Auch könne es nicht sein, dass die SPD-Fraktion vor der Sitzung über das Schreiben der Bezirksregierung informiert sei, alle anderen antragstellenden Fraktionen aber nicht. Dies habe aus seiner Sicht nichts mit gleichberechtigter Behandlung der im Kreistag vertretenen Fraktion zu tun. Um so wichtiger sei es gewesen, dass die drei antragstellenden Fraktionen nicht abgewartet sondern gehandelt hätten. Der jetzt vorliegende Kompromissvorschlag entspreche dem Wohl des Kreises, aber auch die kreisangehörigen Kommunen könnten hiermit sehr gut leben.

Herr Steffen gibt Herr Senkel grundsätzlich recht, dass die Städte durch die Absenkung von Schulden und Altdefiziten entlastet würden. Er dürfe dabei allerdings nicht vergessen, dass der Kreis künftig keine Dividenden mehr aus seinen Aktien erhalte. Erst wenn man diese aktuell sehr hohe Ausschüttung den Ausgaben für Schulden und Defizite gegenüber stelle, könne man erkennen, ob das Geschäft gut oder schlecht sei. Zum Kulturfonds sei festzustellen, dass man daraus im Augenblick 500.000 Euro erwirtschafte. Damit könne lediglich ein Bruchteil der Kulturpolitik finanziert werden. Dies sei allerdings mit Blick auf die auch in seiner Erinnerung sehr unangenehme Sitzung von vor vier Wochen nicht wesentlich. Bei allen Irritationen sei es nur durch den damaligen Sitzungsverlauf möglich geworden, in der heutigen Sitzung einen von allen Fraktionen und auch den Bürgermeistern getragenen Kompromissvorschlag vorzulegen, den

gleichzeitig auch die Kommunalaufsicht mit trage. Die SPD-Fraktion werde dem Kompromiss zustimmen, da man die Kommunen unterstützen wolle. Dabei wolle er selbst nicht verhehlen, so Herr Stefffen, dass er sich etwas mehr für die Kommunen erhofft habe.

Herr Gabriel erklärt, dass die Gruppe DIE LINKE. gegen den Kompromiss stimmen werde, da man immer noch gegen einen Verkauf der RWE-Aktien sei.

Herr Landrat Makiolla verweist auf die mit Herrn Regierungspräsident Diegel getroffene Vereinbarung, nur noch nach vorne und nicht mehr in die Vergangenheit zu schauen. Er selbst gedenke sich an diese Vereinbarung zu halten. Zu den Äußerungen von Herrn Goldmann sei zu sagen, dass das Verhältnis zu den Städten und Gemeinden nicht so einfach sei, wie man es vielleicht vermuten könne. In der Bürgermeisterkonferenz habe man sehr lange um die Zustimmung gerungen, weil aus Sicht der Städte und Gemeinden der Kompromiss nur die zweitbeste Lösung sei. Er habe sich dafür eingesetzt, diesen Konsens zu erzielen. Man werde in den kommenden Haushaltsberatungen wohl noch zu kämpfen haben, um in den Räten eine entsprechende Mehrheit für diesen Kompromiss zu erzielen. Er erwarte von allen Mitgliedern des Kreistages, die heute für den Kompromiss stimmen, dass sie in den Städten und Gemeinden offensiv für dessen Umsetzung eintreten werden. Wenn dies nicht gelinge, gebe es künftig große Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen dem Kreis und seinen Kommunen. Mit Blick auf die vorige Kreistassitzung weist Herr Landrat Makiolla darauf hin, er habe den gesetzlichen Auftrag dafür zu sorgen, dass alle im Kreistag gefassten Beschlüsse rechtmäßig seien. Die Einrichtung des Kulturfonds wäre rechtswidrig gewesen, was die Bezirksregierung auch bestätigt habe. Deshalb habe er keine andere Möglichkeit gehabt, als diesen Punkt zu beanstanden. Die finanzielle Unterstützung der WFG habe er und auch die Kommunalaufsicht anders gesehen, so dass er hier nicht habe einschreiten müssen. An Herrn Albert gewandt erklärt Herr Landrat Makiolla, dass er in dem von Herrn Senkel angsprochenen Gespräch seine Position gegenüber den Freien Wählern vertreten und dafür geworben habe. Er habe Herrn Albert keinesfalls unter Druck setzen wollen. Sollte dieser Eindruck aber bei Herrn Albert entstanden sein, entschuldige er sich hierfür ausdrücklich.

Herr Kreisdirektor Stratmann berichtet, dass die Konsensvereinbarung zwischen Landrat und Bürgermeistern als Ausgangsgrundlage für die Haushaltsberatungen 2008 diene. Schließlich werde gleich neben dem Verkauf der Aktien auch darüber entschieden, einen Teil der Aktien zur Schuldentilgung und den sogenannten Mehrwert zur Senkung des Altdefizites zu verwenden. Bei den Haushaltsberatungen werde dann die konkrete Senkung des Altdefizits nach dem tatsächlichen Aktienverkauf beraten und der Kreistag lege dann die Kreisumlagehebesätze fest. In diesem Zusammenhang werde dann eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Städten und Gemeinden geschlossen, wie dieses Defizit jeweis abgetragen werde. Eine Beschlussfassung in der nächsten Kreistagssitzung sei nicht angezeigt.

Herr Landrat Makiolla ergänzt, dass diese Konsensvereinbarung den Kreistagsmitgliedern heute als wichtige Information zur Kenntnis gegeben werden sollte. Sie sei als Leitlinie zu sehen, was die politischen Gremien des Kreises und der Städte und Gemeinden im Rahmen der Haushaltsberatungen zu erwarten hätten. Wichtig sei bei der Formulierung gewesen, sie kompatibel mit dem jetzt zur Abstimmung stehenden Kompromissvorschlag zu machen. Deshalb sei selbstverständlich, so Herr Landrat Makiolla auf entsprechende Frage von

Herrn Jasperneite, dass der erste Satz unter Punkt 2 so zu verstehen sei, dass das RWE-Aktienpaket weder mit Optionen noch in Form einer Wandelanleihe verkauft werde.

Herr Steffen schlägt vor, diese Konsensvereinbarung jetzt erst einmal zur Kenntnis zu nehmen und auch nicht in der nächsten Sitzung darüber zu beschließen. Es bleibe abzuwarten, ob alle Räte im Rahmen ihrer Haushaltsberatungen ihren Bürgermeistern folgen und bereit sein werden, die Altdefizite zu übernehmen.

Beschluss:

Der Landrat wird aufgefordert, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, die RWE-Aktien zeitnah im Rahmen der VKA-Verträge im ersten Schritt anderen kommunalen Aktionären zum Kauf anzubieten. Falls andere kommunale Aktionäre die Option nicht nutzen, sind die RWE-Aktien frei zu verkaufen.

Der Verkauf des Aktienpaketes in Form von Optionen (z.B. Call-Option) oder Wandelanleihen wird ausgeschlossen.

Der Verkauf soll möglichst bis zum Beschluss über den Haushaltsplan 2008 (voraussichtlich 11. März 2008) erfolgen.

Der erzielte Verkaufserlös der RWE-Aktien wird zur Schuldentilgung verwandt. Erträge, die über dem Eröffnungsbilanzbuchwert liegen, werden zur Reduzierung der Altdefizite den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Zur Stärkung der Finanzkraft erhält die WFG ein Darlehen des Kreises von 5 Millionen Euro dauerhaft, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2008.

Nach Verabschiedung des vorliegenden Antrages finden die Kreistagsbeschlüsse vom 6. März 2007 und 11. September 2007, die RWE-Aktien und WFG-Finanzausstattung betreffend, keine Anwendung mehr.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (2 Gegenstimmen der Gruppe DIE LINKE.)

Punkt 2

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 3

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Familienatlas 2007

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass die Bundesfamilienministerin Frau von der Leyen den Kreis Unna bei

der Vorstellung des Familienatlasses 2007 als familienunfreundlichste Region in Deutschland bezeichnet habe. Ferner habe sie festgestellt, dass in Unna im Gegensatz zu anderen Gegenden falsche politische Prioritäten gesetzt worden seien. Diese Äußerung, die bundesweit zu lesen und zu hören gewesen sei, stelle einen großen Imageschaden für den Kreis Unna und alle seine Städte und Gemeinden dar. Besonders betroffen sei die Stadt Unna, die mit dem Kreis verwechselt worden sei. Aus dem Familienatlas selbst gehe allerdings nicht hervor, dass der Kreis an letzter Stelle stehe. Vielmehr zähle der Kreis Unna zu den sogenannten „zurück fallenden Regionen“. Dazu gehörten insgesamt 12 Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen, im Saarland, in Bayern und Niedersachsen, die sich nach Darstellung des Familienatlasses mit Blick auf Angebote und Infrastruktur für Familien aber auch demografische und arbeitsmarktbezogene Rahmenbedingungen jeweils im unteren Drittel bewegen würden.
Er selbst bezweifle, so Herr Landrat Makiolla weiter, dass diese Aussagen den tatsächlichen Gegebenheiten gerecht würden. Dies gelte um so mehr, als die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen unberücksichtigt geblieben seien. Man könne den Kreis Unna beispielsweise nicht mit der Stadt Münster vergleichen, wie es Frau von der Leyen getan habe. Überraschend seien aus seiner Sicht zudem die Äußerungen der Ministerin, da der Kreis Unna als bundesweit erster Kreis bereits im Jahr 2004 dem Bündnis für Familie des Bundesfamilienministeriums beigetreten sei und für seine Aktivitäten bislang immer Lob und Anerkennung bekommen habe. Herr Landrat Makiolla erklärt, dass der Familienatlas unter diesen Gesichtspunkten den Kreis Unna ungerecht behandele und die Situation der Familien in der Region zu wenig differenziert betrachte. Gleichwohl verkenne er nicht, dass es zum Teil erheblichen Nachholbedarf beim Ausbau der Infrastruktur für Familien gebe. Dies sei auch in der Familienkonferenz festgestellt worden, da es immer noch zu wenige Ganztagsbetreuungsplätze oder auch betriebliche Ausbildungsplätze gebe. Hier müsse in nächster Zeit etwas geschehen, damit der Kreis Unna zukunftsfähig bleibe. Allerdings sei der Kreis selbst nur für wenige Handlungsfelder verantwortlich, die im Familienatlas bemängelt worden seien. Lediglich in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede sei der Handlungsspielraum größer, da der Kreis hier die Aufgaben des öffentlichen Jugendhilfeträgers wahrnehme. Der finanzielle Rahmen werde aber auch hier von den drei Kommunen vorgegeben.
Herr Landrat Makiolla macht deutlich, dass der Kreis und seine Städte und Gemeinden in einem Boot sitzen würden. Mit dem Bürgermeistern habe er vereinbart, die Herausforderungen in der Familienpolitik gemeinsam anzugehen, und hier konkret vier Punkte verabredet. So werde die Bundesfamilienministerin erneut zu einem Gespräch in den Kreis Unna eingeladen und das Institut Prognos in der Bürgermeisterkonferenz die Ergebnisse des Familienatlasses und deren Zustandekommen gemeinsam mit ihm und den Bürgermeistern diskutieren. Außerdem wollten der Kreis und die Städte und Gemeinden ihre „best practise“-Beispiele zusammenstellen um zu sehen, wo man eigentlich stehe. Letztlich sollt konkret der Ausbau der Ganztagesbetreuung im Kreis Unna vorangetrieben werden. Dies erfordere allerdings mehr finanzielle Ressourcen, die der Kreis und seine Kommunen nicht allein erbringen könnten. Hier seien der Bund und insbesondere das Land gefordert, das den Kreis durch das geänderte Ausführungsgesetz zum SGB II finanziell noch weiter geschwächt habe. Ferner müsse die Landesregierung bewegt werden, sich für den Erhalt der 234 betrieblichen Ausbildungsplätze auf dem Bergwerk Ost in Hamm einzusetzen. Die Hälfte der dortigen Auszubildenden stamme aus dem Kreis Unna. Eines sei klar, es werde in den nächsten Jahren viel Arbeit erfordern, um die Familieninfrastruktur und damit das negative Image des Kreises und seiner Kommunen wieder zu verbessern.

2. Familienkonferenz

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass am 5. Dezember 2007 zwischen 13 und 17 Uhr in der Tanzschule Kochtokrax in Unna die nächste Familienkonferenz stattfinde. Natürlich gehe es dort ebenfalls um die Schlussfolgerungen aus dem Familienatlas. Referenten seien der Familienforscher Herr Prof. Bertram von der Humboldt-Universität Berlin sowie Herr Dr. Schimke, Bürgermeister der Gemeinde Laer. Dies sei die Kommune mit dem besten Kinderbetreuungsangebot in Nordrhein-Westfalen. Herr Landrat Makiolla bittet alle Kreistagsabgeordneten, an dieser Familienkonferenz teilzunehmen.

3. Jubiläumsveranstaltung der Wohnberatung

Herr Landrat Makiolla erinnert an die Jubiläumsveranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der Wohnberatung. Er bittet die Kreistagsabgeordneten, sich wegen der Teilnahme kurzfristig bei Frau Schwarzer zu melden.

4. Sitzung des Ältestenrates

Herr Landrat Makiolla kündigt an, in Kürze zu einer Sitzung des Ältestenrates einzuladen. Es gebe aus seiner Sicht Gesprächsbedarf beispielsweise zum Verfahren der Haushaltsberatungen 2008.

5. Zukunftsdialog Kreis Unna

Auf Anfrage von Herrn Jasperneite erklärt Herr Landrat Makiolla, dass es nicht Ziel des Zukunftsdialoges gewesen sei, das Thema Familie in all seine Facetten zu diskutieren. Schließlich gebe es die Familien- und Integrationskonferenz, in denen dieses Thema aufgegriffen und abgearbeitet würde.

6. Mitgliedschaft im RVR

Herr Landrat Makiolla berichtet auf entsprechende Frage von Herrn Jasperneite, dass zunächst die Festlegung der Austrittskonditionen abzuwarten sei. Zur Frage, wie austrittswillige Mitglieder finanziell, vemögensmäßig und beteiligungsrechtlich gestellt würden, gebe es derzeit noch keine Einigung. Der in der vorigen Sitzung unterbreitete Vorschlag sei von den RVR-Vorstandsmitgliedern abgelehnt worden und müsse nachgebessert werden. Erst wenn diese Frage geklärt sei, sehe er sich als Landrat in der Lage, dem Kreistag einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten.

Auf Anfrage von Herrn Steffen signalisiert Herr Landrat Makiolla, in der nächsten Sitzung des Ältestenrats

diese Frage zu diskutieren. Für einen endgültigen Vorschlag der Verwaltung seien aber die konkreten Austrittskonditionen abzuwarten.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 4

165/07

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Vergabe des Auftrages über Generalplanungsleistungen -

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen